

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Sozialausschuß**

65. Sitzung

am Mittwoch, dem 26. Mai 1999, 13:05 Uhr,  
im Konferenzsaal des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Frauke Walhorn (SPD)

Vorsitzende

Wolfgang Baasch (SPD)

Birgit Küstner (SPD)

Roswitha Müllerwiebus (SPD)

Torsten Geerds (CDU)

Gudrun Hunecke (CDU)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Hans Siebke (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

**Fehlende Abgeordnete**

Dr. Jürgen Hinz (SPD)

Uwe Eichelberg (CDU)

Kläre Vorreiter (CDU)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

**Weitere Anwesende**

siehe Anlage

**Einzigter Punkt der Tagesordnung:**

**Seite**

**Modellversuch „Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen“  
und Modernisierung der sozialen Hilfen** 4

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/1418

Die Vorsitzende, Abg. Walhorn, eröffnet die Sitzung um 13:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

**Modellversuch „Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen“  
und Modernisierung der sozialen Hilfen**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/1418

Umdrucke: 14/2743; 14/2763; 14/2764; 14/2765; 14/2773; 14/2782; 14/2795;  
14/2796; 14/2799; 14/2803; 14/2810; 14/2818; 14/2879

(überwiesen am 13. Mai 1998)

Als wesentliches Ergebnis der schriftlichen Anhörung faßt Abg. Hunecke zusammen, angesichts der aktuellen Haushaltslage werde ein entsprechender Modellversuch trotz der ihm zukommenden Bedeutung für im Moment nicht realisierbar erachtet. Auch sollte ein Modellversuch nur unter Festlegung klarer Kriterien und Voraussetzungen durchgeführt werden. Ferner verweist Abg. Hunecke auf den von der CDU-Fraktion damals eingebrachten Änderungsantrag, der vorsah, einen Modellversuch in Schleswig-Holstein bis zur schriftlichen Auswertung des in Rheinland-Pfalz durchgeführten Modellversuchs zurückzustellen, um die Übertragbarkeit überprüfen zu können.

In Anbetracht der Abwesenheit der antragstellenden Fraktion der F.D.P. beschließt der Ausschuß einvernehmlich, die Beratung des Antrages, **Modellversuch „Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen“ und Modernisierung der sozialen Hilfen**, auf eine spätere Sitzung zu vertagen.

St Deusser informiert den Ausschuß darüber, daß es im Zusammenhang mit dem 7. Änderungsgesetz des BSHG eine Experimentierklausel zur Pauschalierung der Sozialhilfe geben solle. Der Bundesausschuß für Arbeit und Sozialordnung habe vor dem Hintergrund des in Rheinland-Pfalz praktizierten Modellversuches und der Diskussion in anderen Bundesländern beschlossen, die Pauschalierung von Leistungen für die Hilfe in besonderen Lebenslagen grundsätzlich nicht herauszunehmen. Es sei den Ländern überlassen, ob sie die Pauschalierung von Leistungen auch für Hilfen in besonderen Lebenslagen anwenden wollten oder nicht. Nach ihrer Information seien die in Rheinland-Pfalz bislang gewonnenen Erfahrungen noch gering. Daher beabsichtige das Ministerium, das Thema im Zusammenhang mit der gesamten Frage der Pauschalierung zu erörtern.

Die Vorsitzende, Abg. Walhorn, schließt die Sitzung um 13:15 Uhr.

gez. Frauke Walhorn  
Vorsitzende

gez. Birgit Raddatz  
Geschäfts- und Protokollführerin

